

VOLKSKAMMER
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 60

F r a g e n

für die Fragestunden der 13. Tagung der Volkskammer am
Donnerstag, dem 14. Juni 1990, und der 14. Tagung am
Freitag, dem 15. Juni 1990

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage
Till Backhaus (SPD)	40
Lothar Barthel (CDU/DA)	15
Dr. Gunter Bechstein (CDU/DA)	16, 51
Karl-Heinz Binus (CDU/DA)	7, 55
Dr. Ingrid Bittner (PDS)	26, 34
Dr. Jürgen Bohn (Die Liberalen)	48
Dr. Ernst Dörfler (Bündnis 90/Grüne)	45
Heidrun Dräger (SPD)	31
Dr. Dagmar Enkelmann (PDS)	20, 21
Dr. Michael Friedrich (PDS)	12
Christina Fritsch (SPD)	33
Dr.-Ing. Uwe Grüning (CDU)	8
Gert Hartmann (SPD)	10
Gottfried Haschke (CDU/DA)	37
Prof. Dr. Helmar Hegewald (PDS)	35, 52
Peter Hildebrand (Bündnis 90/Grüne)	56
Dr. Reinhard Höppner (SPD)	54

Abgeordnete	Nummer der Frage
Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS)	3
Gerry Kley (Die Liberalen)	49, 50
Dr. Johannes Kney (Die Liberalen)	1, 2
Dr. Gerlinde Kuppe (SPD)	17
Michael Leja (CDU/DA)	29
Werner Marusch (DBD/DFD)	44, 53
Dr. Dietmar Matterné (SPD)	47
Lothar Meier (PDS)	42
Peter Oleikiewitz (SPD)	28, 43
Christine Ostrowski (PDS)	11
Rosemarie Priebus (CDU/DA)	30
Gustav-Adolf Schur (PDS)	18, 19
Gisela Sept-Hubrich (SPD)	27
Dr. Werner Sobetzko (CDU/DA)	23
Wieland Sorge (SPD)	9
Dr. Volker Stephan (SPD)	41
Inge Stetter (SPD)	32
Roswitha Stolfa (PDS)	14
Bernd Voigtländer (SPD)	24
Solveig Wegener (PDS)	36
Reinhard Weis (SPD)	25, 46
Dr. Frieder Werner (PDS)	22
Dr. Karsten Wiebke (SPD)	38, 39
Dr. Jochen Willerding (PDS)	4, 5, 6
Vera Wollenberger (Bündnis 90/Grüne)	13

Die Fragen 1 bis 5 sowie 14 wurden in den Fragestunden am 7. und 8. Juni 1990 nicht beantwortet und erneut in die Liste aufgenommen.

Frage 6 wurde ergänzend hinzugefügt, da sie inhaltlich zur Fragestellung 4 und 5 im Zusammenhang steht.

Anlage 1 - Fragen an den Generalstaatsanwalt der DDR

Anlage 2 - Fragen zur schriftlichen Beantwortung, die von lokaler Bedeutung sind

F r a g e n

für die Fragestunden der 13. Tagung der Volkskammer am Donnerstag, dem 14. Juni 1990, und 14. Tagung am Freitag, dem 15. Juni 1990

Geschäftsbereich des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten

1. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
(Die Liberalen)

Mit welcher Grundposition geht der Außenminister der DDR in die nächste Runde der 2+4-Verhandlungen?
2. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
(Die Liberalen)

Auf welchen Zeitraum zwischen der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands wird durch unsere Regierung hin verhandelt?
3. Abgeordnete
Dr. Sylvia-Yvonne
Kaufmann
(PDS)

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion hat in einem Interview für die Bild-Zeitung erklärt, daß im Falle einer "Krisensituation" Art. 23 gezogen und die deutsche "Einheit durch Beschluß der Volkskammer, also ohne gesamtdeutsche Wahlen, beschlossen werden" könne. Er nannte dies "eine Art Notanschluß".

Bedeutet dies, daß die deutsche Vereinigung unter bestimmten Voraussetzungen vom europäischen Einigungsprozeß abgekoppelt werden könnte und wurde diese Variante durch die DDR in die 2+4-Gespräche eingebracht und wenn ja, wie ist die Reaktion der 4 Mächte dazu?

4. Abgeordneter
Dr. Jochen Willerding
(PDS)
- Sieht die Regierung andere Optionen zur sicherheitspolitischen Einbindung des künftigen Deutschlands in Europa zu der vom Westen befürworteten NATO-Mitgliedschaft?
Hält sie angesichts der Ergebnisse der NATO-Tagung in Kanada und der jüngsten Gespräche zwischen den Präsidenten Gorbatschow und Bush nicht die Doppelmitgliedschaft des künftigen Deutschlands in NATO und Warschauer Vertrag als eine gangbare Variante?
5. Abgeordneter
Dr. Jochen Willerding
(PDS)
- Welche Chance sieht die Regierung in dem vom CSFR-Außenminister vorgeschlagenen Plan zur Schaffung einer europäischen Sicherheitsstruktur für die europäische Sicherheit?
6. Abgeordneter
Dr. Jochen Willerding
(PDS)
- Welche weiteren Schritte beabsichtigt die Regierung der DDR in den kommenden Wochen zur Förderung einer engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der UdSSR?

Geschäftsbereich des Ministers für Finanzen

7. Abgeordneter
Karl-Heinz Binus
(CDU/DA)
- Mit welchen Maßnahmen sichert die Regierung die Arbeitsfähigkeit der neugewählten kommunalen Selbstverwaltungsorgane?
- Nach Mitteilung des geschäftsführenden Mitglieds des Rates des Bezirkes Chemnitz für Finanzen ist der gesamte Bezirk nicht mehr liquid.

Die Städte, Gemeinden und Kreise erhalten keine Kredite von den Banken. Diese bedrohliche Situation könnte zum Erliegen des gesamten öffentlichen Lebens führen, da weder medizinische und soziale Einrichtungen finanziert noch laufende Baumaßnahmen weitergeführt werden können. Sperrung begonnener Maßnahmen zieht Zahlungsunfähigkeit von Betrieben und Handwerkern nach sich.

Diese Frage wurde in der 11. Tagung der Volkskammer bereits durch den Minister für Finanzen im Rahmen der Beratung der Steuergesetze beantwortet.

8. Abgeordneter
Dr.-Ing. Uwe Grüning
(CDU)

Einigen Städten und Gemeinden droht in den nächsten Tagen der Verlust ihrer Liquidität.

Welche Maßnahmen trifft die Regierung um zu gewährleisten, daß die Städte und Gemeinden weiterhin notwendige Aufgaben auf sozialem, kulturellem Gebiet sowie in bezug auf die Stadtwirtschaft, Straßenbeleuchtung usw. wahrnehmen können?

9. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)

Welche finanziellen Mittel erhält der Sport im Jahr aus den Toto-Lotto-Einnahmen?

10. Abgeordneter
Gert Hartmann
(SPD)

Kann die Regierung die Einkommensbesteuerung von Menschen mit Behinderung so modifizieren, daß die Steuerbefreiung dem Grad der Behinderung entspricht?

11. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Wie ist die Aussage des Ministerpräsidenten zu bewerten, daß es "keinem Bürger nach der Währungsunion schlechter gehen wird" in Anbetracht des vorgesehenen - vorübergehenden - Sockelbetrages für Studenten von 280,- bis 450,- DM unter Beachtung der steigenden Lebenshaltungskosten?

Geschäftsbereich des Ministers der Justiz

12. Abgeordneter
Dr. Michael Friedrich
(PDS)
- Die Gewerkschaftszeitung "Tribüne" veröffentlichte am 8. Juni 1990 auszugsweise den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes der DDR, für das sich auch der Justizminister auf der 7. Volkskammertagung mit den Worten einsetzte, eine in sich geschlossene, praktikable Übergangsverfassung sei die beste Lösung für dieses Land. Andererseits werden nach dem faktischen Abschluß der Arbeiten an den Verfassungsgrundsätzen von Regierungsvertretern widersprüchliche Aussagen betreffs der Notwendigkeit einer solchen Übergangsverfassung getroffen. Welche Konzeption verfolgt der Minister für Justiz hinsichtlich dieser Übergangsverfassung, die nach meiner Ansicht ein unverzichtbares demokratisches Element darstellt, unabhängig davon, wie lange eine Eigenstaatlichkeit der DDR noch existiert?

13. Abgeordnete
Vera Wollenberger
(Bündnis 90/Grüne)

Wollen Sie, Herr Minister Prof. Dr. Wünsche, glaubwürdig die Rehabilitierung all der Opfer betreiben, die nach den Paragraphen des Gesetzbuches politisch verurteilt wurden, das in Ihrer ersten Amtszeit als Justizminister 1968 in der DDR in Kraft gesetzt wurde?

14. Abgeordnete
Roswitha Stoffa
(PDS)

Trifft es zu, daß im Verantwortungsfeld des Ministeriums der Justiz ein Verfassungsentwurf erarbeitet wurde?

Wenn ja, warum wird er den Abgeordneten und zuständigen Ausschüssen der Volkskammer und der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gebracht?

Ist die Aussage auf der Pressekonferenz der Regierung vom 6. 6. 1990 richtig, daß dem Ministerrat keine Übergangsverfassung vorliegt?

Welche Vorstellung hat die Regierung, eine verfassungsrechtliche Situation herbeizuführen, die den Erfordernissen der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit in der DDR entspricht, zumal der Entwurf des Gesetzes über Verfassungsgrundsätze (Drucksache Nr. 19) diese komplexe Aufgabe nicht erfüllen kann?

15. Abgeordneter
Lothar Barthel
(CDU/DA)

Welche Vorstellungen gibt es, um die gegenwärtigen Vertragsbeurkundungen einzudämmen, mit denen erreicht werden soll, daß Grundstücke, für die ein Nutzungsrecht übertragen wurde, in persönliches Eigentum überführt werden?

Welche Kontrollmechanismen wurden eingesetzt, um in solchen Fällen den Eigentumsübergang zu verhindern, wenn das Volkseigentum durch Anwendung der Bestimmungen über treuhänderische Vermögensverwaltung für Bürger, welche die DDR "unerlaubt" verlassen hatten, entstanden ist?

16. Abgeordneter
Dr. Gunter Bechstein
(CDU/DA)

Nach Artikel 29 des Staatsvertrages findet das Bundespersonalgesetz sinngemäß Anwendung. Wann und in welcher Form ist mit der Einführung dieses Gesetzes zu rechnen und fallen Bahn und Post der DDR unter diese neu einzuführende Regelung oder wird auch in diesen Bereichen das Betriebsverfassungsgesetz angewandt?

Geschäftsbereich des Ministers für Jugend und Sport

17. Abgeordnete
Dr. Gerlinde Kuppe
(SPD)

Durch den Jugendherbergsverband der DDR wurde bekannt, daß für eine Reihe von Jugendherbergen die Absicht einer Zweckentfremdung besteht. Das betrifft bisher Einrichtungen in Berlin und den Bezirken Rostock, Cottbus, Erfurt und Dresden.

Welche Vorstellungen hat die Regierung, um eine Umwandlung von Jugendherbergen und anderer Jugenderholungszentren in kommerziell betriebene Hotels und ähnliches zu verhindern und den Bestand vorhandener Einrichtungen zu sichern?

18. Abgeordneter
Gustav-Adolf Schur
(PDS)

Mit einer kürzlichen Verordnung des Ministerrates sind die Betriebe ihrer Alimentation für den Sport an der Basis enthoben. Tausende ehrenamtliche Übungsleiter, Schieds- und Kampfrichter werden nicht mehr freigestellt.

Welche Rahmenbedingungen schafft die Regierung, um die traditionell gewachsene Förderung des Sports zu sichern, zumal zwischen 40 % bis 60 % der Mitglieder der Sportgemeinschaften des DTSB der DDR Kinder und Jugendliche sind?

19. Abgeordneter
Gustav-Adolf Schur
(PDS)

Es gibt allerorts große Sorge um die Erhaltung des sportmedizinischen Dienstes in unserem Land. Er hat vor allem für den Kinder- und Jugendsport, den Breiten- und Behindertensport wie auch den Leistungssport große Bedeutung.

Was gedenkt die Regierung für den Erhalt dieser Einrichtung zu tun?

20. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)

Es herrscht zur Zeit viel Unsicherheit bei Jugendlichen, wenn es um den Erhalt von Jugendklubs, Jugendzentren u. ä. geht.

Spricht sich die Regierung für diese Einrichtungen aus und wie gedenkt sie deren Tätigkeit weiterhin zu unterstützen und zu fördern?

21. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)

Welche Maßnahmen hat die Regierung eingeleitet, um den bereits vorhandenen Suchtproblemen unter Jugendlichen, der Ausbreitung von Pornographie und der Gewaltverherrlichung mittels Video und Spielautomaten wirksam zu begegnen?

Geschäftsbereich des Ministers für Regionale und Kommunale Angelegenheiten

22. Abgeordneter
Dr. Frieder Werner
(PDS)

Mit unserer Beschlußfassung zur Auflösung der Bezirkstage und zum Einsatz von Regierungsbevollmächtigten haben wir auch die monatliche Beratung der Regierungsbevollmächtigten mit den Volkskammerabgeordneten des jeweiligen Bezirkes festgelegt. Eine wesentliche Voraussetzung für unser effektives Wirken in den Bezirken ist meines Erachtens eine eindeutige Information bzw. Regelung über die beiderseitigen Rechte und Pflichten des Regierungsbevollmächtigten und der Volkskammerabgeordneter.

Da der Arbeitsprozeß in den Bezirken schnellster in Gang kommen muß, stelle ich die Frage, wann und in welcher Form werden wir darauf entsprechend vorbereitet?

Geschäftsbereich des Ministers für Forschung und Technologie

23. Abgeordneter

Dr. Werner Sobetzko
(CDU/DA)

Uns ist bekannt, daß ein ausreichend hohes Forschungsniveau nicht mehr gesichert ist, weil erstens die vorgesehenen Finanzierungsmittel in den akademischen Forschungseinrichtungen und Industrieinstituten fast nur noch die Personalkosten decken und zweitens industriebetriebliche Forschungskollektive zum Teil kurzfristig demontiert werden.

Welche finanziellen und strukturellen Maßnahmen sind vorgesehen, damit in der Grundlagenforschung über den Erhalt der Einrichtungen hinaus eine ausrüstungsmäßige Erneuerung möglich wird, so daß eine qualitätsmäßige Angleichung an das westeuropäische Niveau erreicht wird, und was will die Regierung tun, damit effektive Forschungskollektive in der Industrie erhalten bleiben und die betriebliche Forschung allseitig gefördert werden kann?

**Geschäftsbereich des Ministers für Bauwesen, Städtebau
und Wohnungswirtschaft**

24. Abgeordneter
Bernd Voigtländer
(SPD)
- In den Städten und Gemeinden der DDR sind Einrichtungen für die Bauleitplanung nicht ausreichend oder gar nicht vorhanden. Eine kurzfristige wirksame Änderung ist nicht absehbar.
- Wie wird gewährleistet, daß mit Inkrafttreten des Staatsvertrages und dessen Anlage IX irreparable Schäden hinsichtlich der Architektur der Landschaft, Städte und Gemeinden und des Umweltschutzes vermieden werden?
25. Abgeordneter
Reinhard Weis
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht der Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorschutz, die Produktion von wärmedämmenden Stoffen und deren Anwendung im Wohnungs- und Gesellschaftsbau im Interesse einer optimalen Energieeinsparung steuerlich bzw. kreditwirtschaftlich zu begünstigen?

Geschäftsbereich des Ministers für Familie und Frauen

26. Abgeordnete
Dr. Ingrid Bittner
(PDS)
- Wie wird gesichert, daß mit Übernahme der Kinderkrippen in das Ministerium für Familie und Frauen die Bezahlung der Arbeitskräfte und die materielle Sicherstellung der Objekte gewahrt bleiben?

27. Abgeordnete
Gisela Sept-Hubrich
(SPD)
- In der DDR ist die Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch seit nahezu 20 Jahren geltendes Recht.
- Welche rechtlichen Vorschläge und Verfahrensweisen gibt es von der Regierung über die künftigen gesamtdeutschen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch?

Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr

28. Abgeordneter
Peter Oleikiewitz
(SPD)
- Welche Vorstellungen existieren im Verkehrsministerium zum Ausbau des Straßen- und Schienennetzes unter Beachtung der Umweltverträglichkeit und der ökologischen Bedingungen?

Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung

29. Abgeordneter
Michael Leja
(CDU/DA)
- In welchem Umfang und in welcher Zeitfolge werden Truppenübungsgelände der NVA und der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte freigegeben und in welchem Zustand befinden diese sich aus ökologischer Sicht, wer arbeitet die vorhandenen Altlasten auf, sind diese Gebiete als Naturschutzreservate zu nutzen bzw. was steht einer solchen Nutzung entgegen?

Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit und Soziales

30. Abgeordnete
Rosemarie Priebus
(CDU/DA)
- Wie werden ab 1. 7. 1990 die Renten der ehemaligen Mitarbeiter des MfS, der SED-Parteifunktionäre und die Sonderrenten bewertet?
- Bei den Mitarbeitern des MfS sind wir an einem repräsentativen Querschnitt der Rentenberechnung (Reinigungskraft bis Spitzenkader) interessiert.
31. Abgeordnete
Heidrun Dräger
(SPD)
- Warum ist das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des AGB erforderlich?
Wie sind folgende Punkte geregelt?
- . Mutterschutz
 - . Schwangerenurlaub, Babyjahr
 - . Entgeltzahlung bei eigener Krankheit und Kinder
 - . Kündigungsschutz von Schwerbehinderten
32. Abgeordnete
Inge Stetter
(SPD)
- Wie verhält sich die Regierung zu den verschiedenen Sonderregelungen von Renten ehemaliger Mitglieder
- der Staatssicherheit
 - der Nationalen Volksarmee
 - und
 - des Ministeriums des Innern?
- Stimmt es, daß bereits gewährte Renten in unveränderter Höhe wiedergewährt werden sollen?
33. Abgeordnete
Christina Fritsch
(SPD)
- Da die Betriebsräte für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer so hohe Bedeutung haben, möchte ich fragen,
- ob die Betriebsräte, die in einem Teil der Betriebe bereits gewählt wurden, als legitime

Interessenvertreter anzuerkennen sind und welche Möglichkeiten denkbar sind, um den derzeitigen Stand der Bildung von Betriebsräten zu erfassen?

34. Abgeordnete
Dr. Ingrid Bittner
(PDS)

Durch das Arbeitsförderungsgesetz werden Umschulungsmaßnahmen in großem Maße angeregt. Wie wird gesichert, daß die Umschulung nach EG-Normen erfolgt, damit die Umgeschulerten nach der Vereinigung nicht wieder arbeitslos werden?

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft

35. Abgeordneter
Prof. Dr.
Helmar Hegewald
(PDS)

Welches Konzept hat das Ministerium für Wirtschaft, um eine ökologisch orientierte Produktion und Konsumtion ökonomisch zu erzwingen?

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung und Wissenschaft

36. Abgeordnete
Solveig Wegener
(PDS)

Auf der 11. Tagung der Volkskammer stellte Minister Romberg die zukünftige Stipendienregelung vor. In Abhängigkeit von nicht näher beschriebenen Bedingungen ist von einem Sockelbetrag von 280,- bis 450,- DM die Rede.

Welche Kriterien müssen erfüllt sein, um das Höchststipendium zu erhalten?

Welche finanziellen Unterstützungen erhalten ab 1. 7. 1990 Studenten mit Kind?

**Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung,
Land- und Forstwirtschaft**

37. Abgeordneter
Gottfried Haschke
(CDU/DA)

Der Staatsvertrag DDR-BRD beinhaltet auch ein Strukturanpassungsprogramm für die Landwirtschaft.

Wann erhalten wir Abgeordneten und vor allem unsere Bauern und die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft Kenntnis, wie die vorgesehenen finanziellen Mittel eingesetzt werden sollen?

38. Abgeordneter
Dr. Karsten Wiebke
(SPD)

Stimmt die Regierung mit mir darin überein, daß mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages Bodenspekulationen mit land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen möglich und wahrscheinlich werden?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses zu verhindern, damit diese Flächen vornehmlich unseren Bauern und Arbeitnehmern zur landwirtschaftlichen Nutzung und Landschaftspflege erhalten bleiben?

39. Abgeordneter
Dr. Karsten Wiebke
(SPD)

Stimmt die Regierung mit mir darin überein, daß die Interessen derjenigen DDR-Bürger gewahrt werden müssen, die in Treu und Glauben Grund und Boden erworben und darauf Bungalows und Eigenheime errichtet haben und wie steht sie zu der Einrichtung einer speziellen Treuhandgesellschaft für die Land- und Forstwirtschaft, damit gesichert ist, daß die aus dem Verkauf erzielten finanziellen Mittel der Entwicklung der Landwirtschaft erhalten bleiben?

40. Abgeordneter
Till Backhaus
(SPD)

In der Regierungserklärung wird ausgeführt, daß die Ergebnisse der Bodenreform auf dem Territorium der DDR nicht zur Disposition stehen, die Verfügbarkeit des Eigentums an Boden unter Berücksichtigung des Gemeinwohls bei Ausschluß von Möglichkeiten zu Spekulationen gesichert werden soll.

Welche Mittel und Möglichkeiten sieht die Regierung, im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag und vor seiner Verabschiedung diesen politischen Grundsatz der von gravierender Bedeutung für die Zukunft der Landwirtschaft in diesem Teil Deutschlands zu entsprechen?

41. Abgeordneter
Dr. Volker Stephan
(SPD)
- In der Anlage IX zum Staatsvertrag sind lediglich Möglichkeiten des Eigentumserwerbs an Grund und Boden zur Förderung gewerblicher Unternehmen geregelt. Für land- und forstwirtschaftlich genutzten Boden fehlen bisher bindende Aussagen.
- Stimmt die Regierung mit uns überein, daß sowohl die Koalitionsaussage als auch der Inhalt der Regierungserklärung zur Bodenreform von entscheidender politischer Bedeutung für unsere Bevölkerung ist und deshalb Bestandteil des Staatsvertrages sein sollte?
42. Abgeordneter
Lothar Meier
(PDS)
- Herr Minister Dr. Pollack, Ihr Staatssekretär gab am 7. Juni in der Volkskammertagung zur Kenntnis, daß LPG 1990 keine Abgaben zu leisten haben, bei solchen, die Zuschüsse bekommen haben, keine Rückforderung erfolgt.
- Durch welche Maßnahmen soll die entstehende Ungerechtigkeit für die LPG, die unter ungünstigen Produktionsbedingungen wirtschaften müssen, beseitigt werden?

**Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz,
Energie und Reaktorsicherheit**

43. Abgeordneter
Peter Oleikiewitz
(SPD)
- Welche Maßnahmen ergreift das Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, die Belastung des Grund- und Trinkwassers durch Nitrat, Pflanzenschutz- und Wachstums- mittel sowie Insektenvertilgungsmittel infolge intensiver Landwirtschaft zu mindern bzw. gänzlich auszuschließen?
44. Abgeordneter
Werner Marusch
(DBD/DFD)
- Welche Maßnahmen zur Sicherstellung des Leistungsvermögens der Wälder als Nutz-, Schutz- und Erholungsfaktor sind vorgesehen?

45. Abgeordneter
Dr. Ernst Dürfler
(Bündnis 90/Grüne)

In Beantwortung meiner Anfrage Nr. 18 in der 11. Tagung der Volkskammer am 7. 6. 1990 teilten Sie, Herr Minister Prof. Dr. Steinberg, mit, daß für das KKW Stendal bisher 4,7 Milliarden Mark ausgegeben wurden. Ihr Staatssekretär für Energie und Reaktorsicherheit, Dr. Pautz, teilte dem Umweltausschuß dagegen am 23. 5. 1990 mit, daß in Stendal bereits 19,1 Milliarden Mark verbaut wurden. Wie ist diese erhebliche Differenz zu erklären?

46. Abgeordneter
Reinhard Weis
(SPD)

Herr Prof. Dr. Steinberg, in einem Interview mit der "Frankfurter Rundschau" - veröffentlicht am 29. 5. 1990 - sagen Sie, daß das KKW Stendal "fertig gestellt wird".

Meinen Sie die Fertigstellung aller vier für das KKW Stendal geplanten Blöcke, obwohl in den Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben ist, daß über die Fertigstellung der Blöcke 3 und 4 erst eine Gesamtdeutsche Regierung entscheiden wird?

47. Abgeordneter
Dr. Dietmar Matterede
(SPD)

Landesweit existiert eine sehr große Zahl von Mülldeponien, deren Betrieb selbst nach bisherigem DDR-Recht meist grob fahrlässig und unsachgemäß vollzogen wurde. Dazu zählen

auch ausgesprochene Schadstoffdeponien.
Soweit bekannt, werden durch die Betriebe/
Rechtsträger bisher kaum Anstalten für eine
ökologiegerechte Behandlung gemacht.

Die Frage ist, welche Sofortmaßnahmen,
Erfassungen, Verordnungen, Auflagen und
Sanktionen sind durch die Regierung vorge-
sehen?

Offensichtlich ist, daß ohne gesetzgeberischen
Druck kaum merkliche Änderungen zum Besseren
zu erwarten sind.

48. Abgeordneter
Dr. Jürgen Bohn
(Die Liberalen)

Gibt es zur Sicherung der Versorgung der Städte
und Gemeinden mit umweltfreundlichen Brenn-
stoffen die Möglichkeit der freien Wahl der
Energieanbieter?

Wie verhält sich dabei die "Energiehoheit"
der Energiekombinate und die Bildung von
Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen
Gasversorgern und deren Drang, flächendeckend
zu versorgen, obwohl es territorial mit
anderen Anbietern, die kein Gemeinschafts-
unternehmen bilden, möglich ist, für Kommunen
wesentlich schneller und kostengünstiger
umweltverträgliche Brennstoffe zu beziehen?

49. Abgeordneter
Gerry Kley
(Die Liberalen)

Herr Prof. Dr. Steinberg, unter Ihrem Amts-
vorgänger wurde ein hervorragendes Naturschutz-
programm für die DDR ausgearbeitet. Nach Aus-
sagen von Abteilungsleiter Hesse Ihres
Ministeriums wird dieses Programm nicht in
vollem Umfang realisiert.

Welche Vorhaben sollen nicht - wie vorgesehen -
durchgesetzt werden und wo liegen die
Schwierigkeiten?

50. Abgeordneter
Gerry Kley
(Die Liberalen)
- Am 1. Juli treten in Folge des Umweltrahmengesetzes eine große Anzahl Gesetze in der DDR in Kraft. Diese Gesetze erfordern einen funktionierenden Verwaltungsapparat in den Regierungsbezirken.
- Bisher ist den in Frage kommenden Stellen in den Regierungsbezirken noch keine Benachrichtigung seitens des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit zugegangen, wer dafür zuständig ist. Weder personell noch materiell sind die Bezirksstellen in der Lage, die Durchführung der Umweltgesetze abzusichern.
- Welche Maßnahmen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit sind ergangen, um die Realisierung und Überwachung der neuen Umweltgesetze zu gewährleisten?
51. Abgeordneter
Dr. Gunter Bechstein
(CDU/DA)
- Welche Maßnahmen trifft die Regierung zur Verhinderung der Zersiedelung und landschaftsfeindlichen Bebauung des Territoriums der DDR in der Übergangsphase und wie beugt sie einer solchen Entwicklung nach vollzogener Einheit Deutschlands vor?
52. Abgeordneter
Prof. Dr.
Helmar Hegewald
(PDS)
- Mit der Stilllegung von Betrieben, die sehr stark die Umwelt belasten, z. B. in Espenhain, Bitterfeld, sowie mit der Reduzierung der Braunkohleförderung wird es zu Massenarbeitslosigkeit kommen.
- Wie sieht das Programm aus, welches den Arbeitern in Espenhain, Bitterfeld, Cottbus die Arbeit sichert?

53. Abgeordneter
Werner Marusch
(DBD/DFD)

Welche gesetzliche Regelung und Kontrolle der vom Bergbau in Anspruch zu nehmenden Ländereien ist in Vorbereitung?

Dabei meine ich Übergabe von rekultivierten Kippenflächen mit festgelegten Qualitätsparametern für die Land-, und Forstwirtschaft. Schaffung von Windschutzstreifen, Biotopen, nutzbaren Gewässern und andere ökologische Maßnahmen im Bergbaugesbiet.

Welche Dörfer und Ortsteile sind unumgänglich noch zu devastieren?

Geschäftsbereich des Ministers für Innere Angelegenheiten

54. Abgeordneter
Dr. Reinhard Höppner
(SPD)

Sieht sich die Regierung in der Lage, über eine Verordnung zu regeln, daß ab sofort die Möglichkeit zur Anmeldung eines Gewerbes zum Aufbau einer Dedektei ausgesetzt wird, bis ein Datenschutzgesetz in Kraft ist und die Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen gewährleistet ist oder soll dazu die Volkskammer aktiv werden?

Wie will die Regierung ansonsten sichern, daß über die Anmeldung eines Gewerbes dieser Art frühere Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes ihre Arbeit fortsetzen und weiter im Privatleben von Menschen herumschnüffeln?

**Geschäftsbereich des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Günter Krause**

55. Abgeordneter
Karl-Heinz Binus
(CDU/DA)
- Tausende Eigenheimbesitzer in der DDR haben nach Treu und Glauben auf Grundstücken gebaut, die von staatlichen Organen zugewiesen wurden. Nunmehr jedoch fordern die rechtmäßigen Eigentümer der Grundstücke den Verkauf zu Preisen bis zu 100,- M pro m² bzw. den Abschluß von Pachtverträgen mit bis zu 500,- M pro Monat.
- Welche gesetzlichen Maßnahmen sieht die Regierung vor, um den Eigenheimbesitzern Rechtssicherheit zu geben und den Kauf ihrer genutzten Grundstücke zu vertretbaren Bedingungen zu ermöglichen?
56. Abgeordneter
Peter Hildebrand
(Bündnis 90/Grüne)
- Im Rahmen des konzilaren Prozesses und den ökumenischen Versammlungen der Christen und Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung haben wir uns in den vergangenen Jahren für ein **N e u e s D e n k e n** in Staat und Gesellschaft eingesetzt. Etwas davon fand sich in Ihrer Regierungserklärung vom 19. 4. 1990 wieder.
- Wie erklären Sie, Herr Ministerpräsident, sich nun, daß in dem Staatsvertrag schon im Titel das Wort "Umwelt" und auch sonst im Text die Begriffsbestimmung **ö k o l o g i s c h v e r p f l i c h t e t e** soziale Marktwirtschaft ebenso fehlen wie der Blick auf weltwirtschaftliche Gerechtigkeit?
- Können Sie verstehen, daß viele - wenn nicht alle -, die sich für das **N e u e D e n k e n u n d H a n d e l n** eingesetzt haben, in diesem Punkt den Staatsvertrag als einen Anachronismus, als ein Verbleiben im alten Denken ansehen und denken, daß da seitens der DDR hätte mehr eingebracht werden können und müssen, daß also die Verhandlungsführung nicht ausreichend qualifiziert war und daß so eine Chance wirklich zeitgemäßer christlicher Politik vergeben wurde?

Anlage 1

Abgegebene Fragen, für welche die Regierung nicht unmittelbar oder mittelbar verantwortlich ist

(Die Richtlinie für die Fragestunde und für schriftliche Einzelfragen - § 37 der Vorläufigen Geschäftsordnung der Volkskammer - ist deshalb nicht anwendbar.)

Anfragen an den Generalstaatsanwalt der DDR,
Herrn Dr. Joseph

1. Abgeordneter
Lothar Barthel
(CDU/DA)

Welche Ergebnisse wurden bisher erreicht, um auch in Ihrem Verantwortungsbereich aus der Vergangenheit belastete Staatsanwälte von ihren Funktionen zu entfernen?
Wie wurde diese Aufgabe gelöst, und welche Konzeptionen für die Bildung des zukünftigen Personalbestandes gibt es?

Welchen Sachstand haben die gegen ehemalige Spitzenfunktionäre eingeleiteten Ermittlungsverfahren?

2. Abgeordneter
Dr. Bernhard Opitz
(Die Liberalen)

Fragen im Zusammenhang mit der Begutachtung von Erich Honecker:

Muß nicht gegen Honecker ermittelt werden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, weil er auf Flüchtlinge an der DDR-Grenze schießen ließ?

Besteht der Verdacht der Befangenheit bei DDR-Justizorganen, weil Richter und Staatsanwälte DDR-Bürger kriminalisierten, die von dem Menschenrecht "... jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen..." (Artikel 12 Absatz 2 der Menschenrechtskonvention) Gebrauch machten, bei der Durchführung des Strafverfahrens gegen Honecker?

Warum wird nicht die Möglichkeit genutzt, gegen die Mitglieder der ehemaligen Partei- und Staatsführung, die vernehmungsfähig, verhandlungsfähig und haftunfähig sind, in Abwesenheit zu verhandeln?

Anlage 2

Fragen zur schriftlichen Beantwortung, die von lokaler Bedeutung sind (bis Freitag, dem 8. Juni 1990, eingegangen)

1. Abgeordneter
Karl-Heinz Binus
(CDU/DA)

Durch die Angehörigen des Mot.-Schützenregimentes "Max Roscher" Marienberg wurde der Abgeordnete Binus gebeten, Stellung zur Perspektive dieser Einheit zu nehmen.

Ich bitte nach Möglichkeit um ein gemeinsames Forum in Marienberg mit dem Staatssekretär, Herrn Dr. Wiczorek

Welche Entwicklung nimmt das Mot.-Schützenregiment TT "Max Roscher" Marienberg?

2. Abgeordneter
Dr. Jürgen Bohn
(Die Liberalen)

Welches Entwicklungskonzept gibt es für das Objekt 101 in Bad Salzungen nach der Vereinigung Deutschlands?

Eine strategische Bedeutung kann nicht vorliegen. Stimmt es, daß die Bundeswehr auf Grund der Infrastruktur des Objektes und dem angrenzenden Truppenübungsplatz Anspruch erhebt?

Für die Region Bad Salzungen wäre es extenziell (Schließung Kalibergbau), dieses Objekt als Gewerbegebiet zu nutzen, wobei nach meinen Vorschlägen anzusiedelnde Betriebe verpflichtet werden, eine bestimmte Prozentzahl Berufssoldaten in entsprechenden Berufen zu beschäftigen sind.

3. Abgeordnete

Dr. Martina Schönebeck
(PDS)

Wann erfolgt die Übergabe des Objektes und Übertragung der Rechtsträgerschaft des NVA-Objektes GARZ/Usedom an den Rat des Kreises Wolgast, Abteilung Gesundheitswesen, zur Nutzung als Rehabilitationseinrichtung?

Diesbezüglich wurde am 26. 4. 1990 ein Antrag an Herrn Minister Eppelmann gestellt.

Laut Schreiben von Generalleutnant Berger vom 7. 3. 1990 liegt die Bereitschaft der NVA vor. Es sind keine sichtbaren Aktivitäten der NVA zu erkennen. Dringlichkeit ist geboten durch die prekäre Situation des Gesundheitswesens in diesem Territorium.

(Schließung von Objekten, 383 neue Anträge für Pflegestellen)

4. Abgeordneter

Karl-Heinz Binus
(CDU/DA)

Durch den ehemaligen HAG (B) Komplexer Wohnungsbau Karl-Marx-Stadt wurde in der Stadt Olbernhau ein Wohnungsbaustandort für ca. 1000 WE vorbereitet. Die Zustimmung der Abt. Landwirtschaft lag vor. Die Baumaßnahmen wurden bereits begonnen. Nunmehr fordert der rechtmäßige Eigentümer der Baufläche einen Preis von 100,- M pro m², das ergibt eine Gesamtsumme von 13 Millionen Mark. Mit der Auflösung der Bezirke hat auch der HAG (B) keinen Rechtsnachfolger, so daß der Landkreis Marienberg für die Schuld steht.

Welcher finanzielle Ausgleich kann von der Regierung zur Weiterführung der Baumaßnahmen geleistet werden?

5. Abgeordneter
Werner Marusch
(DBD/DFD)

Welche Entscheidung haben Sie, Herr Minister Prof. Dr. Steinberg, getroffen zur Beseitigung der akuten Gefahrensituation, wie sie durch Zwischenlagerung von PCB-Kondensatoren und PCB-behafteten Materialien in der Müll-Deponie Röthehof, Kreis Nauen entstanden ist und dessen Beseitigung bis zum 31. 3. 1990 erfolgen sollte?

6. Abgeordneter
Werner Marusch
(DBD/DFD)

Auf Grund vieler Anfragen bitte ich, folgende Frage zu beantworten:
Eigenheimbesitzer in den devastierten Dörfern des Braunkohletagebaus im Bezirk Cottbus erhielten in den vergangenen Jahren nur finanzielle Entschädigung, keinen Naturalersatz. Anfragen der Bürger richten sich darauf, daß bei der bevorstehenden Währungsumstellung auch dieser Betrag der Entschädigung der ehemaligen Eigenheime nur 2 : 1 erfolgt. Da für diese Probleme keine andere Währungsumstellung vorgesehen ist, bitte ich zu prüfen, ob eine Nachtaxung der Wohngebäude und damit eine mögliche Aufwertung realisierbar ist?

7. Abgeordnete
Renate Jäger
(SPD)

Die 22. Oberschule Berlin-Kaulsdorf beantragte die Zulassung zu einem langfristig und umfassend vorbereiteten und geplanten Schulversuch einer integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe. Der damalige stellvertretende Minister, Herr Abend, hatte dazu bereits seine Zustimmung gegeben. Nunmehr, nachdem viel Arbeit seitens der Beteiligten und die Zustimmung der Elternschaft vorlagen, nachdem auch die wissenschaftliche Betreuung gesichert war, wurde dieser Antrag vom Ministerium abgelehnt.

Ich frage Sie, Herr Minister Prof. Dr. Meyer, wie Sie die Ablehnung dieses Schulversuches mit der Koalitionsvereinbarung in Einklang bringen die da lautet: "Die Pluralität der Schule soll sich ausdrücken in dem Nebeneinander der integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe, gegliederter Schule und Schulen freier Trägerschaften."